

## Mitgliederinfo DIE LINKE. Altona Sommer 2009

### Liebe Genossinnen und Genossen,

die Stimmung im Land acht Wochen vor der Bundestagswahl geht keineswegs in Richtung Politikwechsel. Obwohl die schwerste Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren längst nicht überwunden ist, ist eine Mehrheit der Deutschen der Auffassung, dass die noch bevorstehenden Rückwirkungen der Krise auf die Realwirtschaft (massiv steigende Arbeitslosigkeit, leere Staats- und Sozialkassen) ihre persönliche Lebensverhältnisse nicht berühren wird. Die schönfärberischen Stimmen aus Politik und Medien, dass das Schlimmste überwunden ist und ein neuer Aufschwung bevorsteht, tun ein Übriges, um die diese Grundstimmung zu verstärken. Hinzu kommt, dass der seit Jahren zunehmende Eindruck einer verselbständigten politischen Klasse, bei der für die »kleinen Leute« eh nichts zu holen ist, sich durch die Schmierkomödie um die Kündigung der Großen Koalition und Neuwahlen in Schleswig Holstein noch verstärkt hat.



Es ist in dieser Situation sicherlich schwierig, die Notwendigkeit eines grundlegenden Politikwechsels zu vermitteln. Dies obwohl völlig klar ist, dass nach der Bundestagswahl die politische Agenda neu definiert wird. So hat der erste Bürgermeister der Stadt, Ole von Beust, jetzt angekündigt, dass auf einer Klausur im Oktober über ein Sparprogramm entschieden wird und für Verständnis für die dann anstehenden Grausamkeiten geworben. »Ich glaube im übrigen nicht, dass die Bürger einem Sparmaßnahmen so übel nehmen, wenn sie die Gründe dafür genau kennen. Alle wissen, dass weniger Steuern eingenommen werden und wir verstärkt auf die Ausgaben achten müssen.«

Allerdings gilt die angekündigte Sparlogik keineswegs für die Leuchtturmprojekte des schwarzgrünen Senats. Für die Stadtbahn liegt kein Kostenplan vor. Bei der Hafencity-

Universität moniert der Rechnungshof den geplanten Neubau, weil die Sanierung der bestehenden Gebäude viel preiswerter kommt. Der Senat peitscht gleichwohl seine Luxusvariante durch. Beim ZOB Bergedorf stellt sich heraus, dass er doppelt so teuer (40 Mio. Euro) werden wird wie geplant. Die Kosten der Elbphilharmonie sind völlig aus den Fugen geraten.

Und die finanziellen Folgen des Desasters bei der HSH Nordbank bewegen sich trotz aller Dementis im zweistelligen Milliardenbereich. Der von Ministerpräsident Carstensen vor einigen Wochen vor die Tür gesetzte Wirtschaftsminister Marnette, hat dieser Tage noch einmal darauf hingewiesen, dass die von Hamburg und Schleswig-Holstein eingebrachten drei Mrd. Euro perdu sind und auch die Bürgschaften in Höhe von 10 Mrd. Euro in Anspruch genommen werden.

Die Stadt hat sich zudem durch die Beteiligung an Hapag Lloyd eine weitere Baustelle mit hohen finanziellen Risiken geschaffen. Die vom Niedergang des Welthandels besonders betroffene Traditionsreederei braucht akut einige Hundert Millionen Euro, um überhaupt über die Runden zu kommen.

Die Großzügigkeit des Senats in Sachen Leuchtturmprojekte und Hafenwirtschaft ist umso grotesker als die Wirtschaftskrise (Rückgang der Steuereinnahmen) die Stadt vor gigantische Probleme stellt. Zudem gilt sie weder für die Arbeitsmarkt-, die Sozial- und die Konjunkturpolitik. Anstatt die (momentan zwangsläufig kreditfinanzierten) Mittel dafür zu nutzen, die Armut zu bekämpfen, Arbeitsplätze zu schaffen und Hamburg durch ein großes Investitionsprogramm in Richtung einer solidarischen Ökonomie umzubauen, wird das Geld zur Bedienung bestimmter sozialer Interessen zum Fenster rausgeschmissen.

Der Wahlkampf bietet für uns die Chance, dies in der politischen Öffentlichkeit noch stärker deutlich zu machen und die Schönfärberei und Täuschung im Vorfeld der Wahlen anzuprangern.

Auch auf der bezirklichen Ebene bietet Schwarzgrün reichlich Stoff für Aufklärungsarbeit und Widerstand. Die Themenpalette reicht hier vom Schanzfest über Ikea, die Grünzug-Planungen bis hin zur Fernwärmeleitung von Vattenfall quer durch den Bezirk. Wir dokumentieren die wesentlichen Konfliktfelder in diesem Info.

## **Bundestagswahlkampf**



Ansonsten werden wir uns in den nächsten Wochen ganz auf den Wahlkampf konzentrieren. Es hat sich ein Wahlkampfaktiv gebildet, das Veranstaltungen und Verteilaktionen vorbereitet. Dafür brauchen wir die Hilfe möglichst vieler Genossinnen und Genossen. Wir werden mit einem wöchentlichen Wahlinfo über unsere Arbeit im Bezirk informieren. Außerdem gibt es jetzt eine

website unseres Altonaer Direktkandidaten Bernhard Müller, wo ihr aktuelle Kommentare und Termineinfos findet. Sie lautet: <http://www.bernhard-mueller.net> .

Mit solidarischen Grüßen

*Beate Reiss und Bernhard Müller*

SprecherInnen des Bezirksvorstands DIE LINKE.Altona

## Aus der Bezirksfraktion

### **Zukunft sichern für das Wohnprojekt Holstenkamp**

*Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE zur BV am 25. Juni 2009, der mit kleiner Änderungen angenommen wurde!*

Obdachlose Punks aus verschiedenen Regionen der BRD lebten zum Teil viele Jahre auf der »Platte« in Hamburg. Sie übernachteten bei McDonalds vor dem Bahnhof Altona. Im August 2008 zogen 16 Punks in zwei leer stehende Häuser im Holstenkamp ein, die »Fördern & Wohnen« gehören. Das Jugendamt Altona und die Straßensozialarbeit Straßenpflaster waren hauptsächlich und in Kooperation mit weiteren Jugendhilfe- und Beschäftigungsträgern damit befasst. Das Wohnprojekt wurde mit Mitteln aus dem Winternotprogramm bis zum 14.04. finanziert.

Das Wohnprojekt gibt den Punks, junge Erwachsene unter 25 Jahre, einen sicheren Rahmen und festen Halt. Sie haben die Kraft gefunden miteinander als Gemeinschaft zu leben sowie sich gesundheitlich, psychisch und sozial zu stabilisieren. Diese Sicherheit verlieh ihnen die Kraft, für sich selbst eine neue Lebensperspektive zu entwickeln. Acht BewohnerInnen holen einen Schulabschluss nach, befinden sich im Praktikum, in einer überbetrieblichen Ausbildung oder in Arbeit. Andere sind noch auf der Suche. Alle werden noch von den Straßensozialarbeit-Einrichtungen betreut, mit denen sie auch schon vorher Kontakt hatten.

Fördern & Wohnen beziffert die Kosten für die Versorgung der Personen mit 11,50 Euro pro Tag, das macht also jährlich rund 67.000 Euro bei 16 Plätzen. Dies ist nach Berechnung des Bezirksamts Altona weitaus preiswerter als HzE-Maßnahmen. Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner April-Sitzung einem Antrag zugestimmt, wonach das Projekt für ein weiteres Jahr abgesichert werden soll und deshalb ein Antrag auf Förderung des Wohnprojekts Holstenkamp in Höhe von 70.000,- Euro bei der BSG (Behörde für Soziales, Familien, Gesundheit und Verbraucherschutz) gestellt werden soll.

Die beantragten Mittel sollen nicht bewilligt werden. Zum Jahresende werden alle Häuser im Holstenkamp verkauft! Die BewohnerInnen sollen zum 30. September die Häuser verlassen. Einigen BewohnerInnen wurden schon Zweizimmerwohnungen in Rahlstedt und Harburg angeboten. Das Wohnprojekt will zusammenbleiben und lehnt solche Angebote ab. Eine Unterbringung bei HzE-Trägern (Hilfen zur Erziehung, zum Beispiel in betreuten Wohngruppen) ist nur für unter 21jährige und zudem nicht angebracht. Die Gefahr ist sehr groß, dass mit dem Zwangsauszug und der unterschiedlichen Verteilung der BewohnerInnen auf unterschiedliche Orte die zarten Erfolge des Projekts in das Gegenteil verkehrt werden! Viele Punks werden vermutlich enttäuscht, demotiviert und frustriert in die Obdachlosigkeit zurückkehren.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bezirksversammlung:

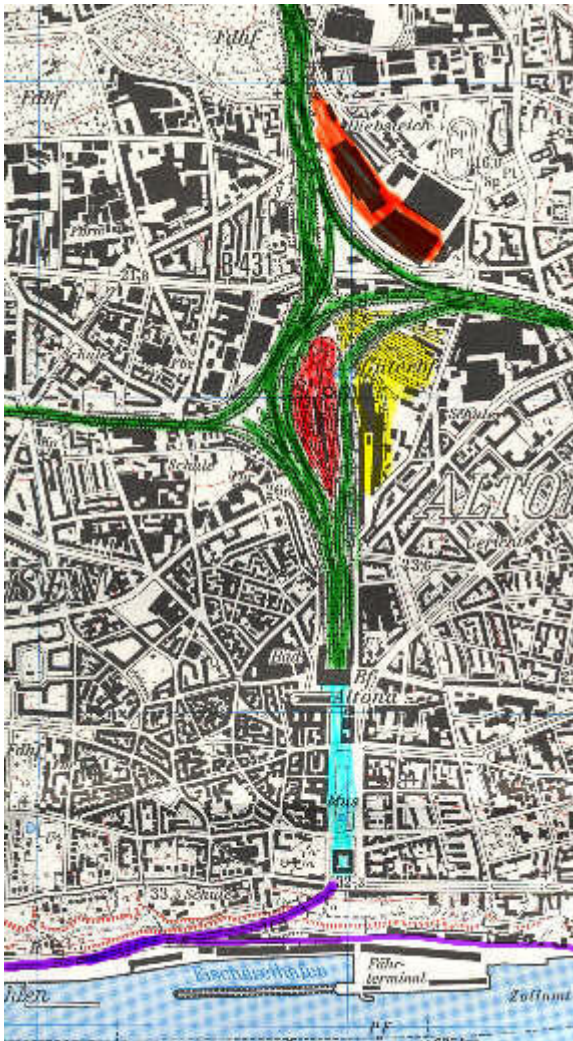
1. Die Bezirksversammlung empfiehlt der BSG (§27 BezVG), die beantragten Mittel in Höhe von 70.000 Euro doch noch zu bewilligen.
2. Die Bezirksversammlung fordert das Bezirksamt auf und empfiehlt der BSG gemeinsam nach einem Weg zu suchen, dass das Wohnprojekt im Holstenkamp bleiben kann.
3. Sollte Punkt 2 nicht realisierbar sein, so soll das Bezirksamt, gemeinsam mit der BSG, nach einem anderen geeignetem Domizil für die gesamte Gruppe suchen. Um für

die Suche nach einem anderen Standort Zeit zu gewinnen, soll das Wohnprojekt bis eine Alternativlösung gefunden wurde, im Holstenkamp bleiben können.

## **Aktuelle Stunde der Bezirksversammlung Altona am 25. Juni 2009 zur Wohnungsbaupolitik in Altona**

*Redemanuskript Robert Jarowoy*

Vor ein paar Monaten haben die Fraktionsvorsitzenden der schwarzgrünen Koalition in Altona im Planungsausschuss vollmundig verkündet, dass sie von nun an ständig bei allen Bauvorhaben auf einem Anteil des sozialen Wohnungsbaus von 50% bestehen würden.



Das hat uns gefreut, aber auch die Frage aufgeworfen, warum in den vier vergangenen Jahren der schwarzgrünen Koalition in Altona überhaupt keine Rede von sozialem Wohnungsbau war, sondern fast ausschließlich mit der Umwandlung ehemaliger industrieller Gewerbeflächen in Eigentumswohnungs-Luxusquartiere Realitäten geschaffen wurden, die man heute Yuppisierung/Gentrifizierung nennt. Beispiele: Fischerhöfe, Ottensen Westend, Arnoldstraße usw.

Als wir vor ein paar Monaten eine soziale Erhaltensatzung für das Schanzenviertel und Ottensen beantragten, wurde dies von der Rendite-Einheit aus CDU/GAL und SPD/FDP abgelehnt. Ausgerechnet die SPD strich noch hervor, dass man diese Art populistischer Politik aus dem Faschismus und Kommunismus kenne.

Dies war schon sehr heftig, aber bitte, wer — wie die SPD — von der Geschichte Altonas fast völlig unbeleckt ist und Struensee zu einem dänischen Arzt erklärt und behauptet, dass Holstein dem Deutschen Bund angehört und nie zu Dänemark gehört habe, wird vermutlich auch leugnen, dass Max Brauer es war, der die von den Nazis verfügte Eingemeindung Altonas in

Hamburg nach dem Kriege als Hamburger Oberbürgermeister durch die Einheitsgemeinde Hamburg zementiert hat, weswegen wir bis heute nicht darüber entscheiden können, dass hier in Altona sozialer Wohnungsbau stattzufinden hat.

Fakt ist, dass der Anteil des sozialen Wohnungsbaus in Altona seit Beginn der schwarzgrünen Koalition vor sechs Jahren gegen Null tendiert. Die Wohnungen mit Mietpreisbindung insbesondere am Osdorfer Born sind zu über 20% aus der Mietpreisbindung herausgenommen worden, wobei sich diese Tendenz beschlossenermaßen fortsetzen wird. Betroffen sind mehrere zehntausend Bürgerinnen und Bürger Altonas.

Wohnungen wurden und werden in dem von Ihnen allen unterstützten supertollen Projekt »Wachsende Stadt« ausschließlich in Form von Luxus- Eigentumswohnungsansiedlungen an den vorhin beschriebenen Standorten geschaffen. Ein weiteres solches Quartier soll auf den Grundstücken der Kleingärten an der Behringstrasse entstehen, wo die grüne Senatorin das Bürgerbegehren ausgehebelt hat und natürlich kein Wort von sozialem Wohnungsbau hat verlauten lassen. Also bitte, dann schließen Sie doch einen diesbezüglichen städtebaulichen Vertrag mit 50% sozialem Wohnungsbau, wenn Sie das Bürgerbegehren zum Erhalt der Kleingärten schon in die Tonne getreten haben!

Unsere Forderungen:

Keine weitere Verdichtung, keine weitere Aufstockung, keine weitere Verschattung, keine verkehrliche und Abgaszusatzbelastung für die ansässige Bevölkerung in Ottensen und im Altonaer Kerngebiet durch Megaprojekte wie die IKEA-Ansiedlung, sondern Luft und Licht für die Anwohnerinnen und Anwohner, wie es von Oelsner in den 1920er Jahren für Altona gefordert und umgesetzt wurde.

Hierfür fordern wir die planakzessorische Enteignung des seit vielen Jahren brachliegenden ehemaligen Bahngeländes nordwestlich des Lessingtunnels, das sich jetzt im Besitz von Pirelli/Hochtief, der Bahn und Carlsberg/Holstenbrauerei befindet. Ähnliches wäre möglich mit dem Grundstück der ehemaligen BMW-Niederlassung an der Stresemannstrasse. Zugunsten öffentlichen Grüns und sozialen Wohnungsbaus mit Mietpreisbindung. Für das Frappant-Gebäude hatten wir diese Forderung bereits erhoben, bevor der IKEA-Wahn über uns hereinbrach.

Lebensqualität nicht nur für die Reichen in ihren Quartieren mit besonders geschütztem Wohnumfeld, sondern für alle! Und wenn die Reichen in ihrem edlen Villenviertel noch nicht einmal Kitas oder Hospize dulden wollen, nehmen wir die gerne zu uns ins Altonaer Kerngebiet herein, im Tausch dann IKEA nach Nienstedten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## **Ausschuss für Kultur und Bildung – Sitzung vom 14. Juli 2009**

*Bericht von Anita Friedetzky*

Die Sitzung fand im Haus 3 statt. Otto Clemens, der Geschäftsführer, machte eine Führung und beschrieb die Pläne zum Umbau des Stadtteilzentrums, vor allem auch die Gastronomie und das Konzept betreffend. Es solle eine Art Informationsanlaufpunkt entstehen, wo nicht nur billig gegessen, sondern auch Infos eingeholt und ausgetauscht werden sollen. Eine Art Internetcafe sei ebenfalls in Planung.

Das Haus 3 will mit Verikom, der Elternschule u.a. Initiativen im Umkreis zusammenarbeiten. So z.B. auch mit der DRK-Schwesternschaft, die ein Projekt »Superkids« macht, das Kindern, die mit kranken und/oder gehandicapten Eltern zusammenleben, stärken und unterstützen soll. Um ein Anlaufpunkt werden zu können, der zum Stadtteil hin jederzeit geöffnet sei, müsste das Zentrum täglich – auch an den Wochenenden – geöffnet sein. Dem solle auch baulich Rechnung getragen werden, indem die Mauer zur Hospitalstraße/Ecke Chemnitzstraße hin geöffnet wird. Trotz Denkmalschutz sei dies wohl möglich. Im Umkreis seien 37% der Familien mit Kindern Alleinerziehende (Mütter).

Der Kulturausschuss konnte sich darüber hinaus vom regen Treiben im und um das Zentrum selbst überzeugen. Kids bolzten im Bolzkäfig und Sibel, eine Sängerin aus der Türkei, probte für ihren abendlichen Auftritt unter den wunderschönen alten Bäumen vor dem Haus 3, wo später die Bänke und Stühle voll besetzt von den Frauen des Frauen-Cafes waren. Von Seiten der CDU/GAL war u.a. kritisch hinterfragt worden, ob das Zentrum denn nicht anderen Gastronomen im Umkreis mit billigen Preisen Konkurrenz mache...



### Hundertwassercafe

Es gab eine Anfrage zum »Hundertwassercafe«, die jedoch von niemandem im Ausschuss beantwortet

werden konnte, weil der konkrete augenblickliche Sachstand nicht bekannt war. Alle Fraktionen waren sich aber nach wie vor darin einig, dass das »Hundertwassercafe« auf jeden Fall erhalten bleiben soll.

### 20 Jahre Mauerfall

Das Hauptthema war diesmal die für den 1. November 09 vom Bezirk auf CDU/GAL-Initiative hin geplante Veranstaltung zu 20 Jahren »Mauerfall«. Die betreffende AG hatte schon mehrmals getagt und – nicht zuletzt aufgrund der großen Kompromissbereitschaft von uns, der Linken, bereits einige Vorentscheidungen getroffen. So war eine 100-Euro-Ausstellung mit Plakaten zu den bekannten Ereignissen von 1989 aus „Westlicht“ gekauft worden, dem Künstler Eilinghoff wurde die Zusage gemacht, seine Exponate zum Thema ausstellen zu können. Der Ausschuss bewilligte (blanko) eine Versicherung derselben. Und als eventueller musikalischer Künstler, aber auch »Redner«, war von der CDU (Grutzeck) Wolf Biermann vorgeschlagen worden, »weil der in Altona wohnt«. Mit offenem Seitenblick auf mich meinte Herr Grutzeck, dieser würde doch meinem pluralistischen Anspruch entsprechen. Ich widersprach dem vehement, weil ich nicht – erst recht nicht in der Person Biermanns – auch nur einen Deut Entgegenkommen von CDU/GAL-Seite sah, was unser Anliegen betraf, Ausstellung und Veranstaltung in der Tat nicht nur aus dem „Bonner Blickwinkel“ und auf Bildzeitungsniveau zu machen.

Deshalb hatte ich die Ausstellung »Der kurze Herbst der Utopie«, die sozusagen aus kritischer »Ost«-Sicht gemacht wurde, vorgeschlagen und mehrfach darauf hingewiesen, dass die Linke alle »Kröten« (so z.B. auch einen Film, in dem die DDR und die BRD und somit die deutsche Teilung einfach vom Himmel fielen) nur dann zu schlucken bereit sei, wenn es auch eine andere Sicht und zumindest den Versuch einer wissenschaftlichen Herangehensweise ans Thema geben würde. Neben der o.g. Ausstellung hatte ich deshalb auch für die Veranstaltung kundige Referenten wie Thomas Klein (Abgeordneter der Vereinigten Linken in der letzten Volkskammer der DDR und dessen Mitarbeiter, Herbert Mißlitz (beide Teilnehmer an den »runden Tischen«), sowie Karl-Heinz Roth als ausgewiesenen Kenner der »gesamtdeutschen« Geschichte, vorgeschlagen. Die Namen wurden von Seiten der SPD mit z.T. großem Interesse, von Seiten der CDU/GAL mit z.T. spöttischem Grinsen (vor allem beim so seltsamen Namen »Mißlitz«) mitgeschrieben. CDU-Grutzeck tauchte sowohl in der AG als auch im Ausschuss jeweils nur auf, um

einmal Biermann vorzuschlagen und um bei Abstimmungen die schwarz-grüne Mehrheit zu sichern.

Insbesondere was die Ausstellung »Der kurze Herbst der Utopie« betraf, gab es aber plötzlich zu wenig Platz, sie war zu »textlastig« und deshalb den »Altonaer Bürgern nicht zuzumuten« (so u.a. Frau Will/CDU!). Dass es keinen genauen Kostenvoranschlag gab und dass die Sprinkenhof-AG nicht erlauben würde, in dem ihr eigenen Rathaus Haken zum Befestigen von Seilen, an denen die Exponate aufgehängt werden könnten, anzubringen, waren weitere schwarz-grüne Hinderungsgründe. Außerdem sei die ganze Ausstellung auch noch zu umfangreich. Stellwände anzuschaffen sei zu teuer und in der Kürze der Zeit nicht bürokratisch vorschrittmäßig machbar.



Da half auch kein Entkräften dieser zum Teil haarsträubenden Einwände (die Ausstellung könnte »gekürzt« werden, die Kosten würden ein paar hundert Euro nicht überschreiten, eine 100-Euro-Ausstellung wird es überall geben, da sie im Bonn/Berliner Interesse liegt und entsprechend subventioniert ist, Stellwände könnten ausgeliehen werden, im Rathaus könnte auch die zweite Etage als Ausstellungsfläche genutzt werden, und nicht zuletzt sind die Altonaer BürgerInnen des Lesens mächtig und fähig, eine eigene Textauswahl beim Betrachten zu treffen, usw., usw.) Insbesondere Frau Juster (SPD) versuchte, die Schwarz-Grünen zu einer Zustimmung zu bewegen, die FDP war erst gar nicht aufgetaucht und ich benannte nach einer Weile all die schwarz-

grünen Gründe für vorgeschoben, um den Bonner Bildzeitungs-Blick durchdrücken zu können. Und es kam dann auch, wie es kommen musste: als ein Konsens (alle anderen Entscheidungen zuvor waren konsensuell getroffen worden) sich nicht abzeichnete, wurde abgestimmt und somit das schwarz-grüne Interesse an historischer Beschränktheit (Ich erinnere nur an den Kohlschen Kloppser »Dies ist das Ende der Geschichte!«) durchgesetzt. Nach getaner »schwarzer« Arbeit verschwand Herr Grutzeck dann auch wieder...

Ich erklärte daraufhin, dass aufgrund fehlender Kooperations- und Kompromissbereitschaft bei den Schwarz-Grünen die Linke die weitere Mitarbeit in der AG »Mauerfall« aufkündigt. Frau Will nannte mich daraufhin „diktatorisch“ und »undemokratisch«, was ich mit dem Hinweis konterte, dass bis dato ausschließlich von den Schwarz-Grünen gutgeheißene und eingebrachte Vorschläge akzeptiert worden waren, während CDU/GAL nunmehr ihre numerische Mehrheit im Ausschuss missbrauchten, um Alternativen nicht zuzulassen. Eine auch nur einigermaßen ausgewogene Veranstaltung zum »Mauerfall« sei unter dieser Voraussetzung unseres Erachtens nicht mehr vorstellbar. (Die SPD-VertreterInnen waren sichtlich nicht erfreut, ihnen fehlten dann aber doch auch die Worte bei diesem »finalen« Disput.)

### **Diskussion um den nächster Tagungsort**

Nach Behandlung eingereicherter Anträge auf finanzielle Unterstützung unterschiedlichster Projekte – wie immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit – ging es dann noch einmal »in die Vollen« bei der Entscheidung, wo der Kultur- und Bildungsausschuss als nächstes tagen soll.

Herr v. Borstel (SPD) schlug als Ausschussvorsitzender das Frappant/Große Bergstraße vor. Die nächste Ausschusssitzung ist im September. (Auf die Idee hatte ich ihn gebracht, nachdem es in der Blinzelbar eine Ausstellung junger ArchitektInnen mit

Alternativentwürfen für das Frappant, das Forum und das Greve-Hochhaus gegeben hatte.)

Weit über 120 KünstlerInnen, aber auch diverse andere kleine Selbstständige beleben seit geraumer Zeit den Betonklotz und lassen sozusagen wieder »kreatives Unkraut« aus den Fugen hervorsprossen. Sie bekommen von dem Vermieter ordentliche befristete Mietverträge und haben bereits einiges in den Räumen renoviert. Der Andrang potentieller MieterInnen scheint groß zu sein. Die »Blinzelbar« ist täglich geöffnet und Tausende Quadratmeter bester Geschäfts- und Wohnlage bieten bislang noch dem geplanten viereckigen IKEA-Klotz die klügere und pfiffigere Stirn.



Frau Will (CDU) war aber dagegen, die September-Sitzung im Frappant stattfinden zu lassen, weil der Ausschuss doch vorgehabt hätte, das Puppenmuseum am Falkensteiner Ufer zu besuchen. Die »alte Dame dort«, die das betreibt, würde sich doch auch Sorgen um den Erhalt ihres Museums machen. Dem Puppenmuseum zum Überleben zu verhelfen, bzw. dort eine Ausschusssitzung abzuhalten, so erklärte u.a. auch ich, dagegen sei ja niemand, nur seien doch die Dimensionen und auch die Dringlichkeit der anstehenden Entscheidungen nicht wirklich vergleichbar. Aber letztlich setzte sich auch hier der CDU/GAL-Vorschlag durch, wobei noch der Zusatz, den KünstlerInnen und anderen MieterInnen vom Frappant solle das Bezirksamt eine Sitzung des Ausschusses im Oktober fest zusagen und schriftlich schon jetzt ankündigen, angefügt werden konnte.

Während wir von der Linken im Ausschuss uneingeschränkt aufseiten der sozialen, verkehrspolitischen, künstlerischen und architektonischen Alternativen und aufseiten des Frappant e.V. stehen, sinniert die SPD (alle außer den Linken »begrüßen« ja IKEA, darunter selbstredend auch die GAL, obwohl die doch früher solch Monokultur abgelehnt hatte), wo es Ersatzräume für die KünstlerInnen geben könnte. Aber das sei, so v. Borstel, schwierig, weil es in Altona einfach nicht so viel Ersatzraum gäbe. Zu dem Schluss sei er nicht allein, sondern auch Herr Eickenbusch vom Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung gekommen, als sie systematisch mit dem Finger auf dem Stadtplan jede Straße und jedes Gässchen langgefahren seien.

## **Konfliktfeld Schanzenfest**

### **Schanzenviertel für alle – sozial und solidarisch**

*Rede für die Aktuelle Stunde in der Mai-Sitzung der Bezirksversammlung Altona von Robert Jarowoy*

Sehr geehrte Honaratorinnen und Honoratioren! Geschätzte Öffentlichkeit!

Ich werde jetzt einen Antrag unserer Fraktion zum Schanzenfest begründen, dem ein letztlich in der Substanz gar nicht so unterschiedlicher als Alternativ-Antrag gegenübersteht. Dieser Alternativ-Antrag wird ja von ihrer schwarz-rot-grün-gelben Einheitsfraktion gemeinsam getragen.

Herr Szczesny hat vorgestern im Bauausschuss sinngemäß gesagt, »Herr Vorsitzender (das bin übrigens ich), Sie brauchen nicht immer im einzelnen zu erläutern, welche Fraktionen gegen die Anträge DER LINKEN gestimmt haben, weil das sowieso immer gemeinsam so ist.« Wahrscheinlich gilt das jetzt wieder als Geheimnisverrat, und die SPD wird erklären, dass sie einmal sogar mit uns gestimmt habe, und auch die FDP, die ich wegen meiner autistischen Sichtweise ja immer übersehen würde, hat sich sogar enthalten.

Aber es geht hier um das Schanzenfest.

Wenn angeblich alle dafür sind, dass dieses Fest von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Schanzenviertels selbstorganisiert und unkommerziell veranstaltet werden soll, warum folgt man dann nicht einfach unserem Antrag, warum führt man zuvor so eine Provokation eines Pseudo-Runden-Tisches im Jesus-Center mit anschließendem Abendessen unter



Polizeischutz auf der anderen Straßenseite im Schulterblatt durch?

Warum hat der Herr Bezirksamtsleiter zuvor in Rambo-Manier davon gesprochen, Gastwirten im Schulterblatt die Konzession entziehen zu wollen, wenn sie vermeintlichen Störern bei Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und sog. Autonomen im Nachgang des Straßenfestes Unterschlupf gewähren würden?

Warum hat der Herr Bezirksversammlungsvorsitzende ein die Öffentlichkeit abschreckendes massives Polizeiaufgebot für die vorige BV einberufen und den nächsten Runden Tisch in einer Art Geheimveranstaltung mit einer expressis verbis von ihm – zumindest unserer Fraktion gegenüber – verweigerten Teilnehmer/innenliste der eingeladenen Initiativen stattfinden lassen?

Solche Vorgehensweisen, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben nichts mit Demokratie und dem Verständnis eines Runden Tisches zu tun, sondern erinnern gerade an die von Ihnen ja zu Recht kritisierten Nomenklatura-Verhältnisse, wie sie einst im Osten bestanden.

Beim Schanzenfest geht es aber noch um etwas ganz anderes.

Ihre Parteien haben gemeinsam in unterschiedlichen Koalitionen die Öffentlichkeit ihres Besitzes, ihrer Ansprüche und ihrer Rechte beraubt, indem Sie alles verkauft, privatisiert und kommerzialisiert haben. Sogar das, was eigentlich niet- und nagelfest war.

Die wenigen Freiräume, die sich die Menschen geschaffen haben, die kein Geld haben, die arm und gezwungen sind, von Ihren Hartz-IV-Einkommen oder Ein-Euro-Jobs zu leben, denen wollen Sie in zwanghafter Verhaltensweise diese Freiräume auch noch nehmen.

Diesmal war der Widerstand zu groß, im nächsten Jahr werden Sie es wieder versuchen. Deswegen beharren wir auf unserem Antrag, obwohl er sich auf der Erscheinungsebene gar nicht so sehr von dem Ihrigen unterscheidet.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

*Pressemitteilung der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE*

*Hamburg, 5. Juli 2009*

## **Schanzenfest: Wie zu Schills Zeiten**

Ohne erkennbaren Anlass hat die Polizeiführung am Abend des 4. Juli das traditionelle politische Schanzenfest aufmischen lassen. Obwohl das Fest auch nach 18.00 Uhr friedlich und fröhlich weiterging, ließ sie immer mehr Einsatzkräfte in die umliegenden Straßen einsickern. Bald war das Zentrum des Festes umstellt, Beobachter gewannen den Eindruck eines belagerten Stadtteils. In un-verantwortlicher Weise begannen dann starke



Polizeitrupps, sich immer wieder aufs Neue drängelnd und schubsend mitten durchs dickste Gewühl einen Weg zu bahnen. Um Vorwände für die gewaltsame Zerschlagung zu schaffen?

Es kam, wie es kommen musste. Den erstbesten Vorwand nutzend, räumten die Einsatzkräfte unter krasser Missachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes den Platz vor der Roten Flora. Immer

wieder kam es zu panikartigen Szenen. Die Bühne war noch nicht abgebaut und versperrte Fluchtwege. Zahlreiche Menschen wurden in Seitenstraßen abgedrängt, die sie aufgrund von Wasserwerfern und Polizeiknüppeln auf der einen, Flaschen- und Steinwürfen auf der anderen Seite nicht verlassen konnten. Im späteren Verlauf säuberte die Polizei ganze Straßenzüge von BesucherInnen und AnwohnerInnen, zog gewaltsam RestaurantbesucherInnen von Bänken, zwang zahllose Menschen eingesperrt zwischen Polizeiketten auszuharren.

Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, kritisiert das Vorgehen der Polizei:

*»Innenbehörde und Polizeiführung hatten das Schanzenfest von vornherein verhindern wollen. Nachdem sie damit gescheitert waren, haben sie mit einer unverantwortlichen Eskalationsstrategie versucht ihr Ziel zu erreichen. Leider ist diese Strategie aufgegangen: Das durch eine klar erkennbare Ausrichtung gegen die mit Verdrängung und Vertreibung verbundene Yuppisierung des Schanzenviertels gekennzeichnete Fest wurde durch unprovizierte Polizeigewalt beendet.*

*Eine Polizeiführung, die vorsätzlich den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz mit Füßen tritt; ein Einsatzleiter, der seine Leute in einer unkalkulierbaren Situation mit Hunderten friedlicher Menschen auffordert, kräftig zuzuschlagen – das ist untragbar. Ich fühle mich an die*

*Zeiten erinnert, als ein Innensenator Schill der Polizei völlig freie Hand gelassen hat, mit all den bekannten Folgen. Ich fordere deshalb die schwarz-grüne Koalition auf, diesen Weg der Provokation und der gewaltsamen Unterdrückung politisch unliebsamer Lebensäußerungen zu verlassen. Polizeiknüppel und Wasserwerfer lösen keine gesellschaftlichen Probleme.«*

**Kommentar von Beate Reiss, Augenzeugin der Vorgänge und Bezirkssprecherin DIE Linke. Altona:**

»Eine Stadtentwicklungspolitik, die darauf ausgerichtet ist, die Profitinteressen des Immobilienkapitals und der Gastronomie- und sonstiger Schickiangebotsketten zu befriedigen, führt zur Vertreibung derjenigen Bewohnerinnen und Bewohner aus den Stadtteilen, die das nicht bezahlen können, aber auch zur zunehmenden renditeorientierten Verdichtung/Aufstockung der Viertel und dem ökologischen Kahlschlag durch Abholzung von Bäumen, Auflösung kleinerer Grünflächen und zunehmende Verkehrs- und Abgasbelastung.

Dass ein nichtkommerzielles, selbstorganisiertes Fest nicht in diese Politik passt und mit allen Mitteln wie Verbotsandrohungen, polizeilichen Provokationen und brutalen willkürlichen Übergriffen auf alle und jeden entweder nachhaltig verhindert oder anständig à la Hafengeburtstag oder Alstervergnügen durchkommerzialisiert werden soll, passt dazu. In Altona gibt es vielfältige Erfahrungen mit dieser Politik: sei es der Abriss des kulturhistorisch und sozial äußerst wichtigen Bismarckbades, die bauliche Verdichtung und Umgestaltung Ottensens mit Eigentumswohnungen und Luxusquartieren oder die Aufhebung der Mietpreisbindung am Osdorfer Born. Aber Menschen sind nicht die Manövriermasse des Kapitals, sondern wehren sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Dies zu unterstützen, wird auch in Zukunft vorrangiges Ziel einer linken Politik in Altona sein.«

## Konfliktfeld Ikea

Aktuelles Flugblatt DIE LINKE.Altona



Altonas neues Zentrum?

Oder doch lieber so...?

### **IKEA: entdecke die Möglichkeiten – und prüfe sie kritisch!**

Die Hoffnungen und Befürchtungen verdichten sich: IKEA kommt! Im Sommer 2012 will der schwedische Möbelkonzern sein neues Einrichtungshaus in Altonas Große Bergstraße eröffnen, dort wo heute das seit Jahren leer stehende »Frappant«-Gebäude vor sich hin gammelt.

Und da haben wir schon die ersten Möglichkeiten, die IKEA mit sich bringt: Die gute: das graue Betongebirge aus den siebziger Jahren verschwindet, die schlechte:

- Ein blau-gelber, 35 Meter hoher Klotz mit 50.000 m<sup>2</sup> Brutto-Geschossfläche entsteht auf einer Fläche von ca. 10.000 m<sup>2</sup> und wird 10.000 Kunden am Tag anziehen, am Wochenende bis zu 20.000.
- Die Gestaltungsmöglichkeiten von Senat und Bezirk werden den Profitinteressen des IKEA- Konzerns geopfert.
- Die Mieten für Einzelhandel und Anwohner werden steigen.

Ob der Neubau eine Bereicherung oder Verschandelung des Stadtbilds ist, wird jeder für sich selbst entscheiden müssen. Tatsache ist: Er wird nicht klein! (siehe oben links)

Nächste Möglichkeit: Um zum neuen Kaufhaus zu gelangen kann die Kundschaft per S-Bahn kommen – aus der Nachbarschaft natürlich auch zu Fuß – so weit nicht schlecht. Für KundInnen, die ihre Einkäufe mit dem Auto abtransportieren wollen, plant IKEA lediglich 950 Parkplätze. Während die Waren anliefernden LKWs durch den Lawaetzweg rollen sollen, müssen die PKWs der 20.000 Kunden am Wochenende durch die Altonaer Poststraße an- und abfahren. Eine starke Zunahme des Verkehrs in den Zufahrtsstraßen und den umliegenden Wohngebieten ist nicht nur möglich, sondern garantiert, samt allen Auswirkungen wie wildes Parken, Lärmbelästigung, Autoabgase und vor allem die Gefährdung der Kinder in den umliegenden Wohngebieten.

Eine weitere Möglichkeit um diesen Verkehrsengpass zu verringern, wäre natürlich die Große Bergstraße wieder für den Autodurchgangsverkehr zu öffnen. Das würde freilich die beliebte Flaniermeile zerstören und alle positiven Entwicklungen der letzten Jahre dort zunichte machen. Womöglich soll auch eine ganz neue Zufahrtstrasse geschaffen werden.

Dabei drängt sich der Verdacht auf, dass IKEA mit der Behauptung, nur 50% der Kunden würden zur Anfahrt das Auto benutzen, die Kosten des zu erwartenden Verkehrschaos auf die Steuerzahler abwälzen will.



Damit es möglich ist, die erwartete zahlreiche Kundschaft zu bedienen, will IKEA mindestens 250 neue Arbeitsplätze schaffen. Diese Möglichkeit ist uneingeschränkt zu begrüßen, es wird aber darauf zu achten sein, dass diese Zahl nicht nach unten korrigiert wird und dass es sich um ordentliche Arbeitsverhältnisse handelt.

**Andererseits werden durch die Vertreibung der KünstlerInnen aus dem jetzigen Bau auch Arbeitsplätze verloren gehen.**

Nach Abwägung des Für und Wider sagt Die Linke: Die Ikea-Ansiedlung gehört nicht in das Zentrum von Altona. Wir wollen eine andere Stadtteilentwicklung und -planung, die Wohnen, Arbeit und Freizeit lokal miteinander verbindet, so dass die Lebensbereiche der Altonaer BürgerInnen nah beieinander liegen und bezahlbarer Wohnraum für alle sowie quartiersnahe, ökologisch-soziale Arbeitsplätze geschaffen werden.

DIE LINKE Altona favorisiert für die »Frappant«-Fläche weiterhin andere Nutzungsmöglichkeiten, von Sozialwohnungen, Gewerbe bis zum Kunst- und Kulturzentrum mit Grünflächen, und darauf werden wir auch weiterhin in der Bezirksversammlung und der Bürgerschaft hinarbeiten.

Nachdem IKEA das Frappant-Gebäude gekauft hat, fordern wir, dass die Stadt von Ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch macht, um die von den Anwohnern, Initiativen und uns vorgeschlagenen Nutzungsmöglichkeiten umzusetzen.

**Allerdings lässt die unkritische Jubelstimmung der etablierten Parteien das Schlimmste befürchten. Und so gilt es die negativen Auswirkungen einer möglichen Ikea-Ansiedlung so gering wie möglich zu halten.**

DIE LINKE fordert deshalb:

- Verringerung der geplanten Brutto-Geschossfläche bzw. Grundfläche und Geschoszahl;
- Erhalt der Großen Bergstraße in ihrer gesamten Länge als Fußgängerzone;
- ein menschen- und umweltgerechtes Verkehrskonzept;
- Maßnahmen zum Schutz der Anwohner, v.a. der Kinder in der Umgebung wie z.B. Lärmschutzprogramme;
- eine Umweltverträglichkeitsprüfung zur Ermittlung der zu erwartenden Belastung durch den zusätzlichen Autoverkehr;
- Unterstützung bzw. Förderung der KünstlerInnen, die wegen des IKEA-Neubaus aus dem »Frappant«-Gebäude ausziehen müssen.

Und auch was die Finanzierung solcher Objekte angeht, bleiben wir bei unserer Überzeugung, dass die Stadt Hamburg auch und gerade in der Finanzkrise deren Verursacher und Nutznießer zur Kasse bitten muss.

**Insofern soll IKEA alle Folgekosten tragen müssen: Lärmschutzmaßnahmen, Umgestaltung der Verkehrswege. Falls sich die Behauptung, dass mehr als die prognostizierten 50% der Kunden mit dem Auto kommen als falsch erweist, muss IKEA auch nachträglich für die entstehenden Kosten aufkommen!**

## Konfliktfeld Grünzug

Der Grünzug Altona liegt im Einzugsbereich der stark verdichteten Stadtteile Altona-Altstadt, Altona-Nord und St.Pauli mit ca. 60.000 Einwohnern. Gemäß dem gültigen Landschaftsprogramm Hamburg müsste dieser Einwohnerzahl eine Park- bzw. Freiraumgrünfläche von 42 ha zur Verfügung stehen. Tatsächlich beträgt der Grünzug, dessen Gesamtareal nirgendwo genau definiert wurde, gerade einmal einer Fläche von ca. 10 ha, so dass man von einer ca. 70%igen Unterversorgung sprechen kann.

Insofern darf der Grünzug entsprechend den Senatsvorgaben auf keinen Fall durch eine Randbebauung (wie der Hidde-Plan sie vorsieht) verkleinert, sondern müsste erheblich vergrößert werden.

Im gesamten Bezirk Altona leben durchschnittlich 3.200 Einwohner auf einem Quadratkilometer, in Blankenese allerdings nur 1.600, während es im Schanzenviertel 15.000 sind (in Altona-Altstadt, Altona-Nord und St. Pauli jeweils ca. 10.000). Entsprechend hoch ist der Grünfreiflächen-Ausgleichsbedarf.

Die intensiv genutzten gut strukturierten Freiflächen im Grünzug (div. unterschiedliche Spiel- und Sportangebote, Park-Cafe, Hunderauslauf usw.) sind wichtigste und somit sozial prägende und zentrale Bestandteile des Grünzugs und dürfen nicht (wie im Hidde-Plan vorgesehen) an den Rand gedrängt werden.



Der Grünzug Altona darf nicht zugunsten einer repräsentativen Gestaltung als Stadt(teil)park seiner nutzerorientierten Funktion beraubt werden.

Es wäre zu prüfen, ob der/die Bunker im Grünzug zu kulturell und/oder sozial nutzbaren Einrichtungen umgebaut werden können. Die Fußgängerbrücke über die Holstenstrasse muss erhalten und ausgebaut werden als eine Art Gründackel mit barrierefreiem Zu- und Übergang.

Der nach dem Krieg und seinen Verwüstungen geschaffene Altonaer Grünzug soll als Beispiel des Erhalts und der sensiblen Weiterentwicklung einer sozial orientierten, den Nutzeransprüchen gerecht werdenden Freiraumentwicklung erhalten und in öffentlicher Verantwortung bleiben.

Die sogar entgegen den Vorschlägen von Vattenfall und dem Hamburger Senat (BSU – Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) auf Wunsch des Bezirksamtes Altona durch Teile des Grünzugs (statt durch die Holstenstrasse) geplante Fernwärmetrasse von Moorburg nach Stellingen darf mit ihren immensen Baumfällaktionen trotz in Aussicht gestellter Ausgleichs-Pflanzungen nicht realisiert werden, da sie neben den katastrophalen ökologischen Auswirkungen (CO2-Bilanz) im Grün(ent)zug unumkehrbare Fakten schafft.

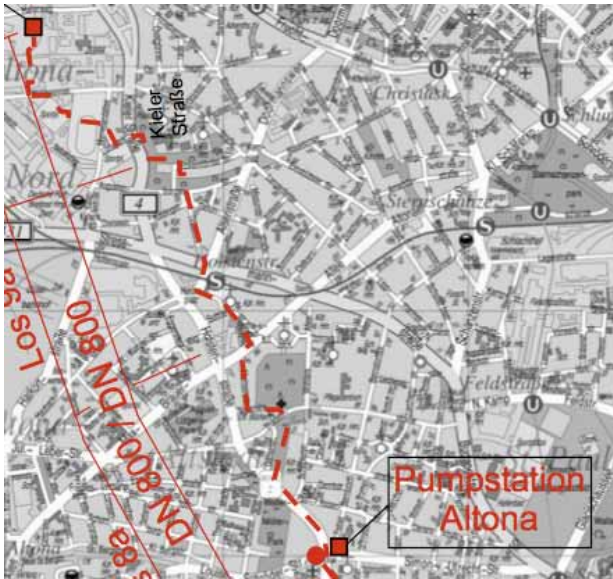
*Robert Jarowoy (fachpolitischer Sprecher im Stadtplanungsausschuss für Die Linke in der BV Altona)*

## Konfliktfeld Fernwärmetrasse

Vattenfall plant den Bau einer Fernwärmetrasse vom Kohlekraftwerk Moorburg durch Wilhelmsburg direkt ins Herz von Altona/St. Pauli. Altona, St. Pauli und Wilhelmsburg

werden über 3-4 Jahre zur Großbaustelle. Unsere alltäglichen Wege werden massiv behindert, über 300 Bäume werden gefällt, Parks für längere Zeit von Baggern belagert oder langfristig umgestaltet. Die Genehmigung hat Senatorin Hajduk ohne jede Bürgerbeteiligung am 24. Juni im Alleingang erteilt.

Bei der Moorburgtrasse geht es nicht um Fernwärme, die viele von uns schätzen. Das Kohlekraftwerk Moorburg wird durch die Auskoppelung der Fernwärme nicht klimafreundlicher, sondern bleibt einer der größten Klimakiller in Deutschland. Wir wollen sauberen Strom und saubere Fernwärme, zum Beispiel aus kleinen klimafreundlichen Blockheizkraftwerken, in der ganzen Stadt verteilt.



Die gute Nachricht: Ohne Trasse kein Moorburg: Die Genehmigung für Moorburg gilt nur, wenn auch die zur Kühlung notwendige Trasse gebaut wird. Auch finanziell rechnet sich das Kraftwerk gar nicht, ohne die Profite aus der Fernwärme. braucht Vattenfall die Trasse unbedingt, denn ohne den Profit aus der Fernwärme rechnet sich das Kraftwerk gar nicht.

Um die Trasse und damit die Klimaschleuder in Moorburg zu verhindern, ist u.a. für den **22. August, ausgehend vom Bernstorffstraßenfest, eine Fahrraddemonstration entlang der Trasse geplant: Start 15 Uhr.**

## Berichte

### Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Wir haben uns schwerpunktmäßig mit der geplanten Errichtung eines neuen IKEA-Kaufhauses in der Großen Bergstraße beschäftigt und dazu gemeinsam mit der Stadtteilgruppe Ottensen das jetzt vorliegende Flugblatt zu IKEA erarbeitet.

Außerdem haben wir uns die Trasse für die geplante Fernwärmeleitung von Vattenfall zwischen Holstenbahnhof und Nobistor sorgfältig angeschaut. Abgesehen von der Frage, ob sie für das neue Kraftwerk Moorburg (und überhaupt!) notwendig ist, sind die Folgen klar vorherzusehen: Mehrere hundert Bäume sollen gefällt werden, und die Anwohner hätten monatelang unter den Bauarbeiten zu leiden.

In beiden Fällen – IKEA wie Vattenfall – wird es darauf ankommen, sich aktuell den Planungen entgegen zu stellen und auf Alternativen hinzuweisen.

Da aber beide Projekte angesichts der politischen Kräfteverhältnisse schwer zu verhindern sein werden, müssen wir auch Forderungen an IKEA und Vattenfall stellen, die an deren

Versprechungen anknüpfen, damit in beiden Fällen die Interessen der Betroffenen möglichst weit berücksichtigt werden.

Für die weitere Diskussion hierzu hoffen wir auf viel Beteiligung bei unserem nächsten Treffen am 10. August. Näheres demnächst per Mail.

*Werner Haertel*

Mitglied des Bezirksvorstands

## Rückschritt im AbtreibungsRecht

Über den Rückschritt im AbtreibungsRecht diskutierten am 9 Juni im Altonaer Büro Lisa-Frauen, eine Medizinsoziologin und Vertreterinnen von pro familia Hamburg e.V.

Der Bundestag hat am Mittwoch den 13.05.2009 eine Verschärfung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes beschlossen. *Wirkliche Hilfen* für Frauen, die sich nach der 12. Schwangerschaftswoche für eine Abtreibung entscheiden, die sie nur mit einer medizinischen Indikation erhalten, beinhaltet diese aktuelle Gesetzesänderung nicht. Zu differenzieren ist zwischen Schwangeren, die in der 13. Woche schwanger sind und Frauen, die nach dem großen Ultraschall und später, nach der 22. Woche schwanger sind.



Es wird keine Erleichterung für Frauen sein, eine starre Frist vorgeschrieben zu bekommen. Welch ein weltfremdes, abwertendes Frauenbild steht hinter einer solchen Vorstellung! Frauen werden drei Tage lang Angst haben, ob ihr der Arzt oder die Ärztin eine medizinische Indikation ausstellen wird.

Viel zu viel Engagierte sind in die taktisch geschickt politische Falle gegangen, die wahrheitswidrige Behauptung, von der Gesetzesänderung seien lediglich Spätabtreibungen betroffen, für bare

Münze zu nehmen. Diese deutschlandweit seltenen Fälle, sind in aller Regel unumgängliche Spätabtreibungen (ab der 23. Woche) Durch diese Gesetzesänderung wird keine Spätabtreibung verhindert. *Das wissen auch diejenigen, die diese Gesetzesänderung durchgesetzt haben.*

Der Abbruch einer Schwangerschaft ist für die meisten Frauen keine einfache Entscheidung. Die Entscheidung für oder gegen einen Abbruch bei vorliegendem Befund über eine mögliche Behinderung bringt Frauen in eine dramatische Konfliktsituation.

*Viele Frauen sind über ihr Recht auf Aufklärung und medizinische Beratung durch die Ärztin und psychosoziale Beratung nicht informiert! Jede schwangere Frau hat zu jeder Zeit ihrer Schwangerschaft ein Recht auf Beratung (§ 2 Schwangerschaftskonfliktgesetz) Daher besteht kein gesetzlicher Handlungsbedarf!*

Weitere Informationen:

Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft AKF e.V.,  
Sigmaringerstr. 1, 10713 Berlin, tel: 030-863 93 316, e-mail: [buero@akf-info.de](mailto:buero@akf-info.de), website:  
[www.akf-info.de](http://www.akf-info.de)

Pro familia-Bundesverband, Stresemannallee 3, 60596 Frankfurt, tel.: 069-63 90 02,  
info@profamilia, [www.profamilia.de](http://www.profamilia.de)

Da Adressen von ÄrztInnen die Schwangerschaftsabbrüche durchführen in Deutschland kaum öffentlich zugänglich sind, hier ein Hinweis einer informativen österreichischen homepage: [www.abtreibung.at](http://www.abtreibung.at) wo auch eine Liste von deutschen ÄrztInnen und Zentren die Schwangerschaftsabbrüche durchführen besteht.

*Hildegard Heinemann*

## **Türkei: Solidarität mit der DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft)**

Am 18.5.09 fand im Hamburger Rathaus eine Informationsveranstaltung unter dem Motto »Solidarität mit der DTP« statt. Veranstalter war die Bürgerschaftsfraktion DER LINKEN

Eingeladen war Medeni Kirici, der außenpolitische Sprecher des Vorstandes der DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft) aus Istanbul. Er berichtete, dass nach dem eindrucksvollen Wahlsieg, den seine Partei bei den Kommunalwahlen Ende März in den kurdischen Gebieten der Türkei erreicht hatte, in 13 Städten parallel Polizeioperationen gegen die DTP durchgeführt wurden.

»Bis heute wurden 400 DTP-Mitglieder und -Funktionäre, darunter Parteivorstandsmitglieder und Kommunalpolitiker in Untersuchungshaft genommen.

Insbesondere auch Vertreterinnen der Frauenbewegung...«



Damit habe die Türkei erneut die Chance vertan, die Kurdenfrage in der Türkei demokratisch zu lösen. So sei sie auch nicht auf das einseitig von der PKK bis Anfang Juni gültige Waffenstillstandsangebot eingegangen und habe es abgelehnt, in Verhandlungen mit den legitimen Vertreterinnen und Vertretern des kurdischen Volkes zu treten, sei dies die DTP, die PKK oder Abdullah Öcalan.

Vielmehr setze sich die Repression neben der militärisch-polizeilichen Ebene auch auf der politischen und kulturellen unverändert fort. So dürften die Kinder weiterhin nicht in ihrer kurdischen Muttersprache unterrichtet werden, und einem Bezirksbürgermeister der Metropole Diyarbakir, der ein zweisprachiges Behördenformular in türkischer und kurdischer Sprache anfertigen ließ, steht dafür vor Gericht und hat mit einer mehrjährigen Strafe zu rechnen, weil es sich bei diesem Formular um eine »Vergewaltigung« der türkischen Verfassung handele, in der es heisst, dass alle Bürger der Türkei Türken seien und es nur eine Amts- und Schulsprache gebe, nämlich türkisch.

Obwohl auch er selber bei seiner Rückkehr in die Türkei mit der Verhaftung rechnen müsse, blieben er, seine Mitstreiter und das ganze kurdische Volk gelassen und würden unbeirrt auf ihrem Weg für eine demokratische Gesellschaft weiter voranschreiten.

Im Anschluss berichteten Christiane Schneider und Hartmut Ring über die deutschen Waffenexporte in die Türkei, die eine gigantische Dimension haben und durch Lizenzgeschäfte noch dazu teilweise sehr verschleiert seien, um das deutsche Kriegswaffenkontrollgesetz und das Verfassungsgebot, keine Waffen in Kriegsgebiete und für Angriffskriege zu liefern, zu umgehen. Tatsächlich sei aber bekannt und vielmals nachgewiesen, dass die Türkei einen Großteil der gelieferten Waffen für ihren Krieg gegen die PKK einsetzt.

Dass die BRD in diesem Konflikt Kriegspartei ist, zeige sich auch in dem nach wie vor bestehenden PKK-Verbot in Deutschland, aufgrund dessen in den vergangenen zehn Jahren Hunderte Verfahren gegen angebliche oder tatsächliche PKK-Funktionäre mit z.T. vieljährigen Gefängnisstrafen zustande gekommen seien sowie Verfahren gegen Jugendliche, denen nichts anderes vorgeworfen wurde, als eine Fahne mit dem Bild Abdullah Öcalans geschwenkt zu haben.

Die von der Altonaer Bezirkssprecherin Beate Reiss moderierte Veranstaltung, die mit gut 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern recht gut besucht war, forderte Solidarität mit der DTP, Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland und die Einstellung aller Waffenlieferungen an die Türkei.

## Bundespartei

### Wir können auch anders – es ist an der Zeit!

*Aufruf zur Einmischung des Frauenplenums des Bundesparteitages vom 20. und 21. Juni 2009, Berlin*

Wir Frauen in DER LINKE. wollen eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse - mit Weniger geben wir uns nicht zufrieden. Deshalb rufen wir alle Frauen auf, DIE LINKE zu stärken und mitzumachen.

Die Weltwirtschaftskrise stellt uns vor ungeheuerliche Herausforderungen. Auf der einen Seite gibt es zu viel Kapital, das Profit machen will aber zu gleich ist kein Geld da. Wir haben eine Überproduktion von Lebensmitteln und trotzdem Hungerkrisen in der Welt. Die rasante Entwicklung der Produktivkräfte verkürzt den Arbeitstag nicht, sondern schickt viele in die Erwerbslosigkeit. Die gegenwärtige kapitalistische Krise zeigt diese Ungeheuerlichkeiten noch deutlicher.



Der Anteil der geringfügig, befristet und in Leiharbeit Beschäftigten ist stark gestiegen. Vor allem Frauen arbeiten in diesen Jobs von denen niemand leben kann. Notwendige Arbeiten am und mit Menschen, werden zunehmend in die Familien verlagert. Das Meiste wird hier von Frauen erledigt. Der eigentlichen Absicherung, heute und im Alter, nutzt diese Umsonstarbeit nicht.

Die von anderen Parteien propagierten

Modelle zur Krisenbewältigung bieten keine Lösungen. Als Bewahrer des kapitalistischen Systems stützen sie die Verursacher der Krise zu Lasten der Mehrheit der Menschen. Wir aber wollen nicht weiter auf Kosten der Umwelt und anderer Menschen leben und produzieren.

Wir wollen eine Diskussion in der Gesellschaft wiederbeleben über Kriege und Gewalt, die von diesem kapitalistischen Wirtschaftssystem hervorgebracht werden.

Angesichts der ökologischen Katastrophe brauchen wir nicht nur eine Diskussion über einen anderen Lebensstil, sondern auch über sinnvolle, nicht zerstörerische Arbeit. Lösungen für die Finanz- und Wirtschaftskrisen müssen gleichzeitig Lösungen für die Umweltkrise sein, müssen Antworten auf die Hungerkatastrophen in der Welt geben und emanzipatorische Perspektiven eröffnen.

Wir als linke Frauen konzentrieren uns nicht nur auf Deutschland und Europa. Millionen von benachteiligten und unterdrückten Menschen, insbesondere Frauen in ausgebeuteten und besetzten Ländern, brauchen unsere Solidarität. Beispielsweise die Frauenbewegung in Iran, Afghanistan und in vielen Ländern mehr.

In Deutschland lebende Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen, die es geschafft haben, die »Festung Europa« zu erreichen, benötigen besonderen Schutz und unsere Solidarität. Am schlimmsten betroffen sind die »illegalisierten« Menschen, insbesondere Frauen, die sich als billige Arbeitskräfte in verschiedenen Bereichen, z. B. »Sex-Industrie«, ausbeuten lassen müssen.

Deswegen beginnen wir hier und heute die Diskussion um einen demokratischen und gerechten globalen Gesellschafts- und Geschlechtervertrag. Dieser Vertrag soll nicht nur die Interessen der heute Lebenden umfassen, sondern auch die Interessen zukünftiger Generationen einschließen. Er muss global sein, globale soziale Rechte anerkennen und erstreiten.

Wir brauchen eine Diskussion über eine andere Verteilung und Bewertung der Arbeit, international und hier bei uns. Wir fordern eine radikale Verkürzung und Neuverteilung der Erwerbsarbeitszeit.

Wir wollen, dass alle gleichermaßen an allen vier Bereichen des Lebens teilnehmen können: an der Erwerbsarbeit, der Betreuungs- und Pflegearbeit, der kulturellen Entwicklung und Selbstentfaltung und am politischen Engagement. Deshalb richten wir die Politik an folgenden Perspektiven aus:

### **1. Alle Arbeit für Alle – Mehr Zeit für das ganze Leben**

Der wachsenden Arbeitslosigkeit, die durch die Krise anschwillt, halten wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung entgegen.

Das allgemeine Recht auf Erwerbsarbeit muss ein Einkommen erbringen, von dem Jede und Jeder gut leben kann. Auf dem Weg dahin muss für diejenigen ohne Erwerbsarbeit, eine Existenzsicherung sanktionsfrei und individuell gewährleistet werden.

Deswegen sagen wir: Linke Politik ist wesentlich Arbeitszeitpolitik.

### **2. Konsequente Umverteilung von Arbeit und Sorge für Mensch und Natur**

Wir wollen eine gleiche Verteilung der Aufgaben auf beide Geschlechter: Bei der Sorgearbeit für Mensch und Natur kann niemand ausgeschlossen sein. Männer entfalten hier ihre sozialen Fähigkeiten ebenso wie Frauen. Voraussetzung dafür ist der Kampf für

den Erhalt und die Ausweitung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Bereitstellung einer umfassenden öffentlichen und kostenfreien Kinderversorgung.

Linke Politik ist also auch eine Politik kultureller Veränderung.

### **3. Zeit und Möglichkeiten für Tätigkeiten der Selbstentwicklung**

Wir wollen, dass allen Menschen sowohl die Zeit als auch die materielle Voraussetzung für ihre kulturelle Entwicklung, Bildung und Muße zur Verfügung stehen. Dazu gehört der lebenslange Zugang zur Bildung und kulturellen Einrichtungen.

Linke Politik zielt also auch darauf ab, Zeit und Raum für die Entwicklung aller zu schaffen.

### **4. Ein gesellschaftlicher Aufbruch zu einer Politik der Mitgestaltung**

Eine lebendige Demokratie braucht die Beteiligung aller. Schlüssel zu Veränderungen sind die Kämpfe von Frauen und Männern für ihre Rechte und für ihre Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum. Entscheidungen über den Lebensalltag kommen zuerst in den Kommunen zum Tragen. Linke Politik muss hier ansetzen, mit Initiativen und Organisationen zusammenarbeiten und neue Beteiligungsformen praktizieren. Nur wenn sich Viele einbringen wird eine andere Gesellschaft möglich.

Linke Politik arbeitet daraufhin, dass Politik eine Sache von allen wird.

Ein solcher Prozess gesellschaftlicher Veränderung braucht viele, die mitmachen, braucht Lust und Leidenschaft, Fantasie und Mut, Expertinnen und Sachverstand, braucht Meinungsstreit und Taten.

Die Voraussetzungen für eine solche Umgestaltung der Gesellschaft sind vorhanden. Es kommt jetzt darauf an, auch politische Mehrheiten dafür zu erreichen in der Gesellschaft und im Parlament.

Für das alles ist es notwendig, dass die DIE LINKE. am 27. September mit einer starken Fraktion in den Deutschen Bundestag einzieht.

### **Druck von Links für eine neue Zeit und eine neue Zeitpolitik!**

Quelle: [http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/bundestagswahlparteitag\\_2009/frauenplenum/wir\\_koennen\\_auch\\_anders\\_es\\_ist\\_an\\_der\\_zeit/](http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/bundestagswahlparteitag_2009/frauenplenum/wir_koennen_auch_anders_es_ist_an_der_zeit/)

## Termine



**Foto: Frühjahrsempfang 1.5.**

### **Samstag 1.8.**

#### **Gedenkveranstaltung zum Altonaer Blutsonntag**

Zeit: 15 Uhr

Ort: Hinter dem Amtsgericht Altona  
(Eingang Gerichtsstraße)

### **Montag 3.8**

#### **Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona**

Zeit: ab 19.30 Uhr

Ort: Am Felde 2

### **Montag 17.8.**

#### **DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand**

Zeit: 19.30 Uhr

Ort: Am Felde 2

### **Donnerstag 27.8**

#### **Bezirksversammlung Altona**

Zeit: 18.00 Uhr

Ort: Altonaer Rathaus

### **Montag 7.9.**

#### **Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona**

Zeit: ab 19.30 Uhr

Ort: Am Felde 2

## **Stadtteilgruppen**

### **Stadtteilgruppe Altona-Altstadt**

Nächstes Treffen: 10.8.

Zeit: 19.00 Uhr

Ort: Parteibüro, Am Felde 2

*Kontakt:*

Werner Haertel, Tel.: 040/2005467

### **Stadtteilgruppe Altona-Nord**

#### **Wahlkampfveranstaltung**

Nächstes Treffen: 4.8.

Zeit: 19.30 Uhr

Ort: Gaststätte "Feuervogel" Holstenstr.  
119

*Kontakt:*

Eckhard Dörger, Tel: 040-3898486

Stefan Ziefle, Tel:040-38612542

### **Stadtteilgruppe Bahrenfeld**

#### **Wahlkampfveranstaltung**

Nächstes Treffen: 19.8.

Zeit: 19.00 Uhr

Ort: Gaststätte „Königliches Proviantamt“,  
Bahrenfelder Chaussee 59

*Kontakt:*

Horst Schneider, Tel.: 040-890 25 87

Karsten Strasser, Tel.: 040-390 85 55

### **Stadtteilgruppe**

#### **Lurup/Osdorf/Iserbrook**

#### **Wahlkampfveranstaltung**

Nächstes Treffen: 13.8.

Zeit: 19.30 Uhr

Ort: Stadtteilhaus Lurup, Böverstland 38

*Kontakt:*

Susanne David, Tel.: 040-560 57 26

### **Stadtteilgruppe Ottensen**

Nächstes Treffen: 10.8.

Ort: Parteibüro, Am Felde 2

Zeit: 19.30 Uhr

*Kontakt:*

Beate Reiss, Tel: 040-39638

**An die Mitglieder**  
**DIE LINKE. Bezirksverband Altona**

## **Einladung zur Mitgliederversammlung**

Am: **Montag, den 3. August.** Beginn: 19.30 Uhr

**Ort: Parteibüro – Im Felde 2**

### **Vorschlag für Tagesordnung**

1. Begrüßung/Diskussionsleitung/Protokoll
2. Beschlussfassung Tagesordnung
3. FRONTEX Europäische Flüchtlingspolizei - Konsequenzen für die Migrationspolitik in Hamburg  
Referentin: Cornelia Gunßer, Flüchtlingsrat Hamburg
4. Bundestagswahlkampf im Bezirk
5. Berichte aus Bürgerschafts- und Bezirksfraktion sowie Landesvorstand
6. Aktuelles, Termine, Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen

*Beate Reiß (Tel.: 0174/6102395)*

*Bernhard Müller (Tel.: 0160/92316471)*

*Gerd Lauermann (Tel.:0163/6345184)*

### **Weitere Termine**

Vor der Mitgliederversammlung am 3.8. findet im Parteibüro um **18.00 Uhr die nächste Sitzung des Wahlkampfaktivs** statt.

Dazu sind alle Mitglieder, die sich im Wahlkampf aktiv beteiligen möchten, herzlich eingeladen.

Die **nächste Mitgliederversammlung** findet am **7. September** statt